Die Vorwärtsentwicklung der Partei

Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei im Jahre 1923/24 bis zum Erscheinen des Ekki-Briefes im Herbst 1925 war ein organisatorischer Rückgang der Partei in bezug auf Mitgliederbestand und den Bestand der Leser kommunistischer Zeitungen vorhanden. Die Partei hat sich nach dem Erscheinen des Ekki-Briefes organisatorisch zweifellos rasch erholt und befindet sich jetzt auf allen Gebieten der organisatorischen Entwicklung im Vormarsch. Daran kann auch der Ausfall der Wahlen in Mecklenburg nichts ändern. Während in Mecklenburg zu den Maiwahlen 1924 rund 44 000 Stimmen abgegeben wurden hatten wir in Mecklenburg zur ersten Präsidentenwahl nur 10 000, zur zweiten Präsidentenwahl 11 000 Stimmen, während bei den jetzigen Landtagswahlen die Stimmenzahl bereits wieder auf 17 800 gestiegen ist.

Schon der Ekki-Brief hatte festgestellt, daß der Stillstand und der teilweise Rückgang der Partei zu einem erheblichen Teil auf die falsche Politik der Partei zurückzuführen war. Nach dem Erscheinen des Ekki-Briefes und damit der Korrektur der fehlerhaften Politik setzte zuerst wieder ein lebhaftes politisches Interesse der Parteimitglieder ein. Das politische Leben innerhalb der Partei nahm erheblich zu. Die Partei ging gleichzeitig an den Umbau der Partei auf die Betriebszellen über, was wiederum zur Aktivisierung der Partei beitrug.

Die Befürchtung oppositioneller Genossen, daß die durch den Ekki-Brief bestimmte Politik der Partei und gleichzeitig der Umbau der Partei auf Betriebs- und Straßenzellen einen Rückgang der Partei auf organisatorischem Gebiet mit sich bringen würde, hat sich nicht bewahrheitet. Das statistische Material beweist die Aufwärtsentwicklung der Partei seit dem Ekki-Brief.

Das starke politische Leben innerhalb der Organisation spiegelt sich am besten wider an der Tatsache, daß bei den jetzigen Diskussionen in Berlin über die sechste Erweiterte Exekutive der Komintern in den Betriebs- und Straßenzellen nicht weniger als 1332 Genossen als Diskussionsredner teilgenommen haben. Ein Vorgang der bisher einzigartig in der Partei ist.

Die Zahl der in den Gewerkschaften seit dem Erscheinen des Ekki-Briefes gewonnenen Positionen sind leider noch nicht statistisch erfaßt. Nach den Einzelberichten zeigen aber auch sie eine wesentliche Vorwärtsentwicklung.

Besonders erfreulich ist das Wachsen des Mitgliederbestandes der Partei. Vom 1. Juli 1925 bis zum 1. März 1926 ist der Mitgliederbestand der Partei um 19 404 Mitglieder gewachsen. Dabei sind die Abgänge in der gleichen Zeit bereits in Abzug gebracht.

Noch günstiger zeigt sich die Entwicklung der kommunistischen Tageszeitungen. Vom 1. September 1925 bis zum 1. April 1926 hat die Partei 30 043 neue Zeitungsabonnenten erhalten. Auch hier sind die Abgänge in der gleichen Zeit in Abzug gebracht. Dabei zeigt sich, daß die Zugänge von Monat zu Monat im Steigen begriffen sind. Während der Zugang im letzten Drittel 1925 gering war, sind die Hauptzugänge an Mitgliedern und Abonnenten in den Monaten Januar, Februar und März 1926 zu verzeichnen.

Auch beim Literaturumsatz zeigt sich eine aufsteigende Bewegung. So hat der Rote Stern eine Auflage von über 250 000 Exemplaren. Die Broschüre „Keinen Pfennig den Fürsten" wurde bisher in der Kampagne zum Volksbegehren in einer Auflage von 700 000 Exemplaren umgesetzt.

Es ist Aufgabe unserer Parteigenossen, dafür Sorge zu tragen, daß diese günstige Entwicklung energisch weiter gefördert wird und daß bei der Werbung neuer Mitglieder ganz besonderes Augenmerk darauf gerichtet wird, Mitglieder insbesondere unter den Arbeitern der großen Betriebe zu gewinnen und unsere Parteizeitungen und unsere Literatur noch mehr als bisher in den großen Betrieben unterzubringen.

Die äußerst rege Tätigkeit unserer Parteimitglieder äußert sich auch in dem Resultat der von der Partei angeordneten Sammlungen. So sind in den letzten Monaten durch die Kampagne für „Partei in Not", durch die Sammelaktion für das Volksbegehren, durch die Tätigkeit unserer Genossen der Partei **über eine halbe Million Goldmark** zur Verfügung gestellt worden. Dabei sind die jetzt laufenden Sammlungen für den Volksentscheid nicht inbegriffen.

Das Zentralkomitee hat der Partei jetzt die Aufgabe gestellt, in den nächsten Monaten 100 000 neue Mitglieder und 100 000 neue Zeitungsleser zu gewinnen. Den Bezirken ist bereits der Anteil an den neu zu gewinnenden Mitgliedern und Abonnenten mitgeteilt worden. Es ist Aufgabe der Bezirke, jetzt jeder Ortsgruppe, den Betriebszellen zu berechnen, wie hoch der Anteil jeder Zelle an der Gewinnung neuer Mitglieder und neuer Abonnenten ist. **Die vom Zentralkomitee gestellte Aufgabe muß spätestens bis zum Parteitag erfüllt werden.** Die politische Arbeit der Partei und die wachsenden Sympathien der Arbeiter für die kommunistische Bewegung wird unseren Mitgliedern diese Arbeit leicht machen.

Wieder ein Racheurteil

Mannheim, 10. Juni. (Eigener Drahtmeldung.) Das Mannheimer Schwurgericht verhandelte am 9. Juni gegen die wegen Teilnahme an einer verbotenen Sitzung und Waffenbeschaffung, sowie wegen Beteiligung an den im Oktober 1923 stattgefundenen Hungerunruhen angeklagten Genossen Bläser und Hufer. **Bläser erhielt eine Gesamtstrafe von 3 Jahren Zuchthaus und wurde zur Zahlung der Kosten verurteilt.** Das Verfahren gegen Hufer wurde abgetrennt und soll später behandelt werden. — Der ganze Prozeß fand wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit einschließlich der Presse statt.

Die Hetzjagd gegen Lessing

Auch die Professoren in der Hakenkreuzfront!

Die gesamte Kulturreaktion hat sich den Fall Lessing als geeignetes Objekt zur Erprobung ihrer Stärke auserkoren. Den Studenten treten die Lehrer zur Seite. Die Vollversammlung der Hannoveraner Professoren hat einstimmig ein Schreiben an den preußischen Kultusminister beschlossen, in dem es heißt: „Wir sind uns einig, daß Herr Lessing nach seinem unakademischen Verhalten und seiner ungeheuerlichen Verhöhnung der eigenen Hochschule nicht mehr würdig ist, Mitglied ihres Lehrkörpers zu sein." Sie drohen weiter in dem Schreiben an den Minister mit Schließung der Hochschule, falls Lessing nicht entlassen würde.

Angesichts dieser Hetzjagd finden sich mehr und mehr die freiheitlich gesinnten Studenten zusammen, um dieser schändlichen Hetze eine feste Abwehrfront entgegenzustellen. Der „Deutsche pazifistische Studentenbund" sandte folgendes Telegramm an Professor Lessing:

„Tief entrüstet über die das Ansehen der gesamten deutschen Studentenschaft verletzenden Ausschreitungen versichern wir Sie unserer Verehrung und Sympathie."

Wie wir weiter erfahren, hat der Vorstand der Studentenschaft an der Dresdner Technischen Hochschule für Dienstag nachmittag eine geschlossene Studentenversammlung einberufen, die die Stellungnahme zum „Fall Lessing" auf der Tagesordnung hat. Wir erwarten von den fortschrittlich gesinnten Dresdner Studenten, daß sie ein Eintreiben der Dresdner Hochschule in die Front der Hakenkreuzschlupfwinkel verhindern.

Gemeinsame Demonstration in Zwickau

In Zwickau haben die SPD., KPD., Gewerkschaften, sowie die übrigen Arbeiterorganisationen, u. a. auch zur Frage einer gemeinsamen Demonstration, Stellung genommen. Es wurde beschlossen, am Sonnabend den 19. Juni, abends 7 Uhr eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten. In der Kundgebung werden je ein Redner der KPD., SPD. und der Gewerkschaften sprechen.

Einheitskomitee in Harthau

In Harthau wurde in einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern der KPD., SPD., SAJ., KJV., Mieterverein, Radfahrerverein, Naturheilverein, Naturfreunde, Internationaler Bund u. a. die Bildung eines Einheitskomitees beschlossen. Als erste Maßnahme wurde die Veranstaltung einer gemeinsamen Demonstration am kommenden Sonntag und die Herausgabe eines Aufrufes hierzu beschlossen.

Die Bergarbeiterfront steht unerschüttert

Der Berichterstatter des „Daily Herald" berichtet über den englischen Bergarbeiterdistrikt Yorkshire: „Yorkshire ist in der Tat ein wahres Gibraltar an Solidarität und Entschlossenheit gegen den Angriff auf Löhne und Arbeitszeit." Der Berichterstatter, der offenbar von der Rationalisierungsweisheit der Reformisten angesteckt ist, suchte eine Gruppe von Bergarbeitern mit folgendem, uns so wohlbekanntem Argument einzufangen: „Wenn ihr einen Lohnabbau annehmt oder länger arbeitet, wird die Kohle billiger. Das wird die Eisen- und Stahlindustrie, den Maschinenbau und praktisch alle anderen Industrien anregen. Die Nachfrage wird steigen und die Löhne werden wieder in die Höhe gehen." Die Bergarbeiter antworteten: „Wenn wir einen Lohnabbau annehmen, dann dauert es nicht lange, und die Grubenbesitzer verlangen einen neuen Abbau. Wir sind keine Simons, daß wir die ganze Industrie auf unseren Schultern tragen können. Wenn wir das könnten, dann würden wir den ganzen Tempel des Kapitalismus einreißen."

In Northumberland wurde unter den Bergarbeitern eine Urabstimmung über den Antrag eingeleitet, der in der Exekutive mit 36 gegen 33 Stimmen abgelehnt worden war und der neue Verhandlungen auf Grund des Berichts der Kohlenkommission forderte. Das Endergebnis liegt noch nicht vor; aber es ist kein Zweifel, daß dieser Kompromißvorschlag eine zerschmetternde Niederlage erleiden wird. Eine Reihe von Belegschaften nahm Resolutionen gegen die Urheber dieses Vorschlages an und forderte ihren Rücktritt aus der Exekutive.

In demselben Distrikt ist es den Besitzern auf einer Grube gelungen, mit 100 Streikbrechern, größtenteils Unorganisierten, die Förderung aufzunehmen. Eine Demonstration von 3000 Bergleuten, darunter auch zahlreichen Frauen, zog unter dem Gesang der „Roten Fahne" zu der Grube, wurde aber von einem Polizeikordon abgehalten. Eine Unterhandlungskommission wurde gewählt, aber die Grubenverwaltung lehnte jede Verhandlung ab. Während die Demonstranten auf die Rückkehr der Delegation warteten, wurde von den Geschäftsleuten am Ort Brot und Käse verteilt. Ein Teil der Arbeiter wollte die Streikbrecher mit Gewalt herausholen, aber die Führer der Delegation hielten sie zurück und wiesen sie auf die Aufgabe hin, die Streikbrecher einzeln persönlich zu bearbeiten.

Das Völkerbundstheater

Genf, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Stimmung unter den anwesenden Ministerpräsidenten und Völkerbundsdelegierten wird immer mieser. Der Konflikt mit Brasilien und Spanien über die Zuteilung ständiger Ratssitze ist nicht beseitigt, sondern nur notdürftig verkleistert. Er zeigt die Zerrissenheit und die gegeneinander wirkenden imperialistischen Tendenzen im Völkerbund in voller Deutlichkeit. Neben diesen Hauptkonflikten spielen sich täglich kleinere Konflikte ab, die zum Teil internationaler Natur sind, zum Teil nur eines der im Völkerbund vertretenen Länder betreffend. So zeigte kürzlich der Zusammenstoß zwischen dem chinesischen und englischen Delegierten in der Opiumkommission den dauernden Rückgang des englischen Einflusses in Asien an. Wie aufgescheuchte Hühner liefen die englischen Journalisten in den Genfer Kaffeehäusern umher, und der sonst so gewandte Stift zögerte, die Meldung aufs Papier zu bringen. Heute ist in einer anderen Ecke der Teufel los. Der Chef der ungarischen Frankenfälscher hat die wohlverdiente Ohrfeige, die ihm inmitten seiner Horthyhusaren keiner zu geben wagt, hier in Genf bekommen. Ein ungarischer Journalist hat in der ungarischen Kommission, in die er mit einer Berichterstatterkarte gelangt war, ein gegen Bethlen gerichtetes Manifest verlesen, und im Anschluß daran Bethlen geohrfeigt. Selbstverständlich hat sofort die Polizei der schweizerischen Alpenmilchschokoladen-Republik ihre Sympathie mit Horthy-Ungarn durch die Verhaftung des Uebeltäters bewiesen. Im Falle der Ermordung Worowskis hat diese schweizerische Polizei sich weniger eifrig gezeigt.

Brasilien tritt aus dem Völkerbund aus

Genf, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Schlußsitzung des Rates erklärte der Vertreter Brasiliens, Mello-Franco, namens seiner Regierung, daß diese mit der Regelung in der Frage der Ratssitze nicht einverstanden sein könne. Er verlas eine umfangreiche Erklärung, in der er nochmals den Anspruch Brasiliens auf einen ständigen Sitz im Rate eingehend zu begründen suchte und sodann im Auftrage seiner Regierung den Austritt aus dem Völkerbundsrat ankündigte.

Ohrfeigen für Bethlen

Genf, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Chef der ungarischen Frankenfälscherbande, Ministerpräsident Graf Bethlen, der als Delegierter an der Sitzung des Völkerbundsrates teilnimmt, wurde heute vormittag von einem Manne gestellt, der ihm mit dem Rufe: „Da hast du eins im Namen des ungarischen Volkes!" eine schallende Ohrfeige gab. Der Angreifer auf Bethlen wurde verhaftet.

Die drei Kuckucksuhren

Eine Tschekafalle

Soviel Witz in einem Film ist kaum glaublich! Ein Lord erhält eine Kuckucksuhr seines verstorbenen Onkels mit einem Brief. Er erfährt, daß ihm durch die Schläge der Uhr ein Hotel in Kairo bezeichnet werden soll, wo die zweite Uhr hängt, welche ihm die Hausnummer in einer Straße angibt. Die dritte Uhr in diesem Hause gibt die Anzahl der Schritte in einem unterirdischen Gange an. Dort soll der Schatz liegen. „Soll"! In Wirklichkeit haben ihn Verbrecher aus den Nick-Carter-Heften mit dem Schwindel irregeführt, um ihn in seiner Abwesenheit zu berauben. Tschekisten aufgepaßt! Bei der Mentalität unserer Polizei ist es nicht ausgeschlossen, daß sie diese blödsinnige Filmidee zu einer Falle für uns umarbeitet. Denkt euch: Ein Mitglied unserer Abteilung B (Vergiftung) erhält einen Wecker und einen Brief zugesandt (Absender Sinowjew). Die Weckerstunde bezeichnet die Hausnummer in einem Orte (Oels). Der Wecker in diesem Hause gibt eine Zimmernummer im Schloß (Oels) an. Der dritte Wecker die Schrittzahl im unterirdischen Gang, wo die Munition liegt. Du gehst ahnungslos hin und stehst plötzlich dem Exkronprinzen, Stresemann und dem Oberreichsanwalt gegenüber. Am nächsten Tage hängt das schon gedruckte Plakat in ganz Deutschland: Die Tscheka will alle Fürsten am 18. Juni erledigen. Schloß Oels sollte in die Luft fliegen usw. Also Achtung, Achtung! Beschränkt euch darauf, unsere Plakate mit Bazillen zu infizieren. Das ist der beste Schutz gegen Herunterreißen! J—s.

Der Schrei aus den Lüften

Ein erfreulicher Rintintin-Film. Dieser Schäferhund ist **deutscher Abstammung — infolge eines Reklametricks**, mit dem man ihn damals geschickt lancierte: „In einem verlassenen Schützengraben fanden ihn Amerikaner..." Der klügste Hund der Welt konnte nur deutscher Abstammung sein. Als Hütehund einer Schafherde hat er im Kampfe mit einem Geier und menschlichen Verfolgern alle Möglichkeiten, seine ungewöhnliche Vitalität auszuspielen. Das Erlebnis des Films ist ein dreijähriges Kind in unverbildlicher Natürlichkeit. J—s.

Betriebsspitzelei

Die Betriebsspitzelei ist eine Erscheinung der Nachkriegszeit und ein Zeichen der „Amerikanisierung" Deutschlands. Nach den Worten eines Ueberwachungsinstituts „dient sie dem Wiederaufbau der Moral und hat die Senkung der Kriminalitätsziffer als Ziel". Sehen wir uns an, wie der Wiederaufbau vollzogen wird.

Die geringe Entlohnung der Arbeiter und Angestellten steht nicht im Einklang mit ihren Lebensbedürfnissen. Kinder, Frauen, Männer und Familien hungern. Menschen wohnen in Erdhöhlen. Not!

Die Arbeiter schaffen Werte, bearbeiten Metall, montieren Maschinen, befördern Lebensmittel. Frauen stehen hinter dem Ladentisch. Angestellte zählen und verrechnen das Geld. Krankheit, Hunger und Not, bitterste Not „erzieht den Diebstahl". „Kultur und Zivilisation" grinst aus allen Winkeln. Gesetzbücher, Gefängnisse, Besserungsanstalten. Der „erzogene" Diebstahl wächst mit der Not.

Der Weizen der Betriebsspitzelei blüht. Werber von Sicherheitsinstituten, Wachgesellschaften und, vor allen Dingen, Pinkerton-Gesellschaften durchziehen Stadt und Land. Nicht für Gehalt, sondern für — Provision! Der Unternehmer abonniert bei einer Gesellschaft. Die Pinkertone und Spione halten ihren Einzug in Bureau und Betrieb. Kommen als Arbeiter und Angestellte. Als Saaldiener, Bureauboten, Metallarbeiter und Schreiber. In allen Berufen findet sich dieser Menschenschlag zurecht. Durch „Prämiensystem" interessiert man die Spione an der Aufdeckung von Unstimmigkeiten.

Im Betrieb und Bureau, auf der Straße und in Versammlungen beobachten dich diese Pinkertone. Selbst vor deiner Häuslichkeit machen sie nicht Halt. Sie buhlen um deine Freundschaft und Kollegialität. Es ist ihnen zur Pflicht gemacht, festzustellen, unter anderem, ob sich etwas aus dem Lager oder von der Werkbank in deine Taschen verirrt. In Bureau, Bäckerei und Lager sollen sie feststellen, ob alles richtig gebucht und bescheinigt wird.

Damit nicht genug: der Unternehmer fragt seine Spione, wo der Arbeiter und Angestellte politisch steht; in welchem Verband und welcher Partei er ist; ob er Pluschartweinen macht; wieviel Geld er ausgibt. Ueber Führung und Arbeitsleistung läßt er sich, ohne daß dein nächster Vorgesetzter etwas weiß, gleichfalls berichten. Die Pinkertone stellen fest, ob ein Vorgesetzter gegen seine Arbeiter zu leutselig ist, und ob der Portier auch scharf kontrolliert. Oftmals denunzierst du dem „nachgemachten Kriminalbeamten" einen Kollegen, indem du zu offen sprichst. In den Versammlungen stellen die Spione fest, wer die Besucher und Sprecher sind. Am nächsten Tag ist der Unternehmer davon in Kenntnis gesetzt.

Die Spitzelei macht sich bald bemerkbar. Die so viel gerühmten Haussuchungen häufen sich. Dann kommen Entlassungen. Grund: Arbeitsmangel. Bei Diebstählen folgen oft noch Gerichtsverhandlungen. Der meiste Wert wird auf deine politische Gesinnung gelegt. Paßt deine Gesinnung nicht in den Betrieb, dann tritt eben „Arbeitsmangel" ein.

Die Verfassung des Deutschen Reiches sagt im Artikel 157: „Die Arbeitskraft steht unter besonderem Schutz des Reiches." Die Moral ist gerettet.

Das sind Ausnahmen, sagt der Zweifler. Er hat recht. Zur Zeit sind es ungefähr zwei Millionen Ausnahmen in Deutschland. Das Geschäft der Betriebsspitzelei blüht.

Die Inseratenplantage des „Tag" meldet an einem beliebigen Tage des Jahres 1926:

Tüchtige Werbeamte für das Wachgewerbe gesucht. Fachleute und redegewandte ehem. Offiziere bevorzugt. Festes Gehalt und hohe Provision. Vorzustellen: Dienstag vormittag 11—1 Uhr. Deutscher Schutz- und Wachdienst: A. Oppermann u. Sohn. Berlin SW. 48.

Die Geschäftspapiere von solchen „Gesellschaften"? Reklamematerial, Fragebogen, Befehle, Instruktionen. Darin steht zu lesen:

„Das Interesse der gesamten besitzenden Bevölkerung schreit nach Selbsthilfe. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, einen Teil der Frontsoldaten zu menschenwürdigen Bedingungen 18 bis 20 Mark die Woche unterzubringen und einem Berufe zuzuführen, der ihrer liebgewordenen bisherigen Tätigkeit fast entspricht. Unsere Angestellten sind durch Prämiensystem an der Aufdeckung von Unstimmigkeiten interessiert."

Aus einem Fragebogen: „k. v.? Militärischer Dienstgrad? Aktiv? Welche Spezialausbildung? MG.? Welche Kriegsorden und Ehrenzeichen? Waren Sie bei einer Zeitfreiwilligenformation? Sind Sie militärisch bestraft? Auch mit Arrest?"

So sieht also die Schwarze Reichswehr der Zukunft aus.

(Aus der „Weltbühne".)